

Bürgerschaftliches Engagement – Bilanz der SPD-Bundestagsfraktion

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel für unser soziales Miteinander. Unser solidarisches Gemeinwesen kann nur wachsen, wenn möglichst viele in ihrem Lebenskreis Verantwortung für sich und andere übernehmen. Die **solidarische Bürgergesellschaft** ist deshalb ein wichtiger Leitsatz auf dem Weg zum neuen **Grundsatzprogramm** der SPD.

Die solidarische Bürgergesellschaft fördert die demokratische Beteiligung der Menschen, die Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement in allen Lebensbereichen und stärkt die Solidarität. Und sie spielt eine besondere Rolle bei der Weiterentwicklung unseres Sozialstaates. Die Antwort kann nur ein Wohlfahrtsmix aus allen gesellschaftlichen Bereichen - dem Staat, der Wirtschaft, den großen Verbänden des dritten Sektors und eben den engagierten Bürgerinnen und Bürgern - sein.

- Dank der Initiative der SPD ist die Förderung der Bürgergesellschaft ein Baustein des **Koalitionsvertrages** und gibt die Richtung vor.
- Die **Verbesserung der Rahmenbedingungen** für Engagierte zieht sich wie ein roter Faden als Ziel und Querschnittsaufgabe in vielen Politikfeldern von der Familien- über die Kultur- bis hin zur Innenpolitik durch den Koalitionsvertrag.
- **Zentrale engagementpolitische Initiativen**, wie die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, der Ausbau der Freiwilligendienste, der Bürokratieabbau und die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen sind vereinbart.
- **Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Lückenbüßer werden.** Und es ist nicht zum Nulltarif zu haben. Ehrenamt braucht Hauptamtlichkeit, braucht personelle Unterstützung und Anlaufstellen, Qualifizierungsangebote und eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung.
- **Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht verordnen.** Es mit verbesserten Rahmenbedingungen zu ermöglichen und zu fördern, ist und bleibt ständige politische Aufgabe der SPD-Bundestagsfraktion. Unsere Bilanz im ersten Jahr der Koalition kann sich sehen lassen.

1. Wir setzen auf die parlamentarische Begleitung

Auf unsere Initiative wurde der **Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“** erneut eingesetzt. Damit ist die parlamentarische Plattform weiterhin gegeben.

2. Wir investieren in das bürgerschaftliche Engagement:

• Freiwilligendienste erhalten neue Perspektiven

Freiwilligendienste sind Erfolgsmodelle. Deshalb wollen wir die klassischen, aber auch die internationalen **Jugendfreiwilligendienste** nachhaltig weiter entwickeln, ausbauen und sichern. Unser Ziel ist trotz angespannter Haushaltslage klar: Erhöhung der geförderten Plätze für Jugendfreiwilligendienste durch mehr Mittel. Hier konnten wir uns durchsetzen.

Nachdem wir bereits 2006 die **Aufstockung der Haushaltsmittel** von 16 auf 18 Mio. Euro erreichen haben, wird es 2007 nochmals eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 1 Mio. Euro von 18 auf 19 Mio. Euro geben. Mit diesen zusätzlichen Mitteln wollen wir eine weitere Million Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) aktivieren. Das dadurch finanzierte Programm für benachteiligte und bildungsferne Jugendliche geht über sieben Jahre. Wir können so ab 2007 insgesamt 14 Mio. Euro mehr in die Jugendfreiwilligendienste investieren.

Wir stehen für die Entwicklung **generationsübergreifender Freiwilligendienste** in den 2005 begonnenen Modellprojekten. Positive Erfahrungen aus den Jugendfreiwilligendiensten sollen für alle Altersgruppen geöffnet werden. In bundesweit über 50 Modellprojekten wollen wir bis 2008 neue Wege für die Freiwilligendienste ausloten, neue Zielgruppen, Einsatzbereiche und Träger gewinnen. Mit dem Generationenbezug wollen wir neue Beziehungen und Solidaritätsleistungen zwischen den Generationen stiften. Dafür stehen 2006 insgesamt 12 Millionen im Bundeshaushalt zur Verfügung, 2007 werden es 9 Millionen Euro sein.

• Freiwilligen- und Netzwerkstrukturen werden weiterentwickelt

Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich vor allem in Netzwerken und unterschiedlichen Formen der Kooperation. Wir unterstützen deshalb den Erhalt und Ausbau Strukturen – vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement bis hin zu Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen/Zentren.

Seit Mai 2003 werden z.B. die Geschäftsstelle des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE – ein Zusammenschluss von mittlerweile 180 Organisationen) sowie die Stiftung Mitarbeit, die für das BBE einen großen Teil der Öffentlichkeitsarbeit gestaltet, aus Bundesmitteln gefördert. Die Geschäftsstelle des BBE wird im Jahr 2006 mit 314.000 Euro, die Stiftung Mitarbeit mit 45.000 Euro unterstützt, für 2007 ist der gleiche Rahmen vorgesehen. Die bundesweite „Woche des Bürger-

schaftlichen Engagement“ des BBE wurde in diesem Jahr mit 300.000 Euro gefördert.

- **Die Jugendarbeit und das Engagement beim Technischen Hilfswerk werden gestärkt**

Trotz schwieriger Haushaltslage erhalten die Ortsvereine und die Jugend des Technischen Hilfswerks (THW) im Jahr 2007 fast 300.000 Euro mehr als ursprünglich im Regierungsentwurf für den Haushalt 2007 vorgesehen. Damit wird die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen und insbesondere der Jugendarbeit weiter gestärkt

- **Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wird ausgebaut**

Wir haben in den Haushaltsberatungen für 2007 erreicht, dass die Programme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht gekürzt wurden. Zu den 19. Mio. Euro aus 2006 kommen sogar fünf Mio. Euro hinzu für die Arbeit der mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen hinzu. Die Arbeit wird auf die alten Bundesländer ausgedehnt.

3. Wir schaffen den rechtlichen Rahmen für das Engagement:

- **Das Gemeinnützigkeitsrecht wird reformiert**

Wir wollen das Gemeinnützigkeitsrecht gemeinsam mit dem Dritten Sektor vereinfachen, transparenter machen und Wildwüchse beseitigen. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat mit der **Gesetzesinitiative „Hilfen für Helfer“** Eckpunkte vorgelegt, die für unsere **engagementfreundliche Steuerpolitik** stehen:

- Die **Vereinheitlichung und Erhöhung der Spendenabzugsfähigkeit** auf 20 % ist mehr als viele Vereine erwartet haben. Wir erhoffen uns dadurch, dass die Spendenbereitschaft sich weiter erhöht. Damit setzen wir eine langjährige Forderung der SPD aus der Enquete Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ ebenso um wie durch die Anhebung der Steuerfreigrenze für die wirtschaftliche Betätigung von Vereinen von 30.678 Euro auf 35.000 Euro.

- Die Übungsleiter können sich freuen: Wir erhöhen die **steuer- und abgabenfreie Übungsleiterpauschale** von jährlich 1.848 Euro auf 2.100 Euro. Mit diesen verbesserten finanziellen Rahmen unterstützen wir die soziale und integrative Arbeit in den Vereinen, sei es im Sport, in der Kultur, bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem THW, den Hilfsdiensten oder bei den pädagogischen Betreuern im Jugendbereich.

- Aber auch alle anderen Engagierten profitieren: Durch die **Möglichkeit der Ermäßigung der Einkommenssteuer für Engagierte um 300 Euro** setzen wir ein deutliches Bekenntnis und eine sichtbare Form der Anerkennung für alle, die Verantwort-

tung für sich und andere übernehmen und durch ihren unentgeltlichen und freiwilligen Einsatz unsere Gesellschaft bereichern.

- Durch eine einheitliche **Aufzählung und Definition der spendenbegünstigten Zwecke in der Abgabenordnung** besteht künftig eine bessere Abstimmung zwischen Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht. Das ist Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung.
- Durch die **Anhebung des Höchstbetrages für die Kapitalausstattung von Stiftungen von 307.000 auf 750.000 Euro** erleichtern wir die Arbeit der Stiftungen.

Die **parlamentarischen Beratungen und Anhörungen** sollen Anfang 2007 beginnen und zügig abgeschlossen werden. Die Reform soll rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

- **Die Fördermöglichkeiten von Selbsthilfegruppen werden verbessert**

Im Rahmen der Gesundheitsreform wollen wir die Fördermöglichkeiten für Selbsthilfegruppen weiter verbessern. Die gesetzlichen Krankenkassen sind in Zukunft verpflichtet **Selbsthilfegruppen**, -organisationen und -kontaktstellen, die sich der Prävention oder Rehabilitation z.B. bei chronischen Erkrankungen oder Behinderungen widmen, mit 0,55 Euro pro Versichertem im Jahr 2006, d.h. mit bis zu ca. 38 Mio. Euro jährlich zu fördern. Dies werden wir ab 2007 im neuen § 20 c des SGB V so regeln. Damit wird aus der bisherigen „Soll“-Regelung eine verbindliche Pflicht für die Krankenkassen. Außerdem werden die Krankenkassen verpflichtet, nicht ausgeschöpfte Mittel im folgenden Jahr voll auszuschütten.

- **Die ambulante Hospizarbeit wird verbessert**

Eine wichtige Säule in der Sterbegleitung ist die ehrenamtliche Tätigkeit in den bestehenden stationären und ambulanten Hospizen. Zur Verbesserung der ambulanten Versorgung sollen die Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung im Rahmen der geplanten Gesundheitsreform einen eigenständigen Leistungsanspruch auf „spezialisierte ambulante Palliativversorgung“ erhalten. Hierbei streben wir eine möglichst enge Vernetzung mit der bewährten ehrenamtlichen Hospizarbeit an.

4. Wir nehmen die gesellschaftlichen Herausforderungen an:

- **Wir stärken das Engagement von MigrantInnen**

Die Integration von MigrantInnen ist von zentraler Bedeutung. Das Engagement von MigrantInnen leistet einen zentralen Beitrag zur Integration. Wir setzen dabei auf ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Dank unseres Einsatzes ist es gelungen, das Thema "Integration durch Bürgerschaftliches Engagement" beim Integrationsgipfel mit einem eigenen Arbeitspapier zu thematisieren. Wir begleiten die Arbeit am Integrationsplan und hier in der Arbeitsgruppe VI zum Thema „Bürgerschaftliches Enga-

gument.“ Bis zum Sommer 2007 soll aus den Abschlussberichten der einzelnen Arbeitsgruppen der Nationale Integrationsplan vorliegen.

- **Wir unterstützen das Miteinander der Generationen**

Der demografische Wandel stellt auch für die Bürgergesellschaft eine Herausforderung dar. Die gesamte Gesellschaft kann vom Wissen und der Erfahrung Älterer beim bürgerschaftlichen Engagement profitieren. Wir unterstützen Formen des Engagements für die aktiven Älteren, wie z.B. generationsübergreifende Freiwilligendienste.

Durch das Aktionsprogramm **Mehrgenerationenhäuser** sollen bis 2010 Räume der Begegnung und der gegenseitigen Unterstützung aller Generationen geschaffen werden. Im Bundeshaushalt stehen dafür insgesamt 88 Mio. Euro bereit. Die erste Ausschreibungsphase ist abgeschlossen und die ersten 62 Einrichtungen wurden bundesweit ausgewählt.

Im Rahmen der **Pflegereform** sind wir auf einem guten Weg, dass sich in den Familien die professionelle Pflege und bürgerschaftliches Engagement wirksam ergänzen. Außerdem soll der Pflegeurlaub im Rahmen der Familienpflege ausgeweitet werden. Eine endgültige Entscheidung wird im Jahr 2007 fallen.

- **Wir stärken zivilgesellschaftliche Strukturen in sozialen Brennpunkten**

Wir haben das **Sonderprogramm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe“** auf den Weg gebracht. Das Programm wird in den kommenden zwei Jahren mit 37 Millionen Euro ausgestattet und will schwerpunktmäßig das Engagement für Toleranz und Integration und die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort fördern. Damit werden die weiterhin bestehenden Programme "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und "Xenos - Leben und Arbeiten in Vielfalt" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eng miteinander verzahnt.

Ziel ist es, die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Quartieren mit sozialen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit, niedrigem Bildungsstand und hohem Migrantenanteil zu stärken und den Zugang von Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslosen zu Ausbildung und Arbeitsmarkt zu verbessern. Mit Hilfe des neuen Programms können städtebauliche Investitionen deutlich besser mit sozialen Maßnahmen im Ausbildungs- und Arbeitsbereich kombiniert werden.

- **Wir fördern die Freiwilligenarbeit im Sport**

Der Sport spielt in der Zivilgesellschaft eine führende Rolle. Er ist ein Motor und Verteidiger der aktiven Bürgergesellschaft. Er stellt mit 11 % aller Engagierten den größten Engagementbereich dar.

In diesem Jahr und auch im Jahr 2007 wird das **Programm des Deutschen Olympischen Sportbundes „Integration durch Sport“** mit je 5,4 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt gefördert. Ziel ist die Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft und in den organisierten Sport. Das Programm arbeitet auf der Grundlage der Ehrenamtlichkeit und ist ein Teil des Integrationsplans.

Weiterhin setzen wir uns für die **Reform des Vereinsrechts** ein und planen im Frühjahr 2007 eine Anhörung zu diesem Thema.

- **Wir setzen uns für eine engagementfreundliche Europapolitik ein**

Wir haben uns im Rahmen der Beratungen für die **EU-Dienstleistungsrichtlinie** dafür eingesetzt, dass der Pflegebereich aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie heraus genommen werden soll. Der jetzt gefundene Kompromiss und die Vorlage durch die Europäische Kommission hat unsere Forderung aufgenommen, dass eine qualitativ hochwertige professionelle Pflege unterstützt durch das Engagement gesichert bleibt. Die Dienstleistungsrichtlinie soll noch in diesem Jahr endgültig verabschiedet werden. Wir werden auch weiterhin alle Vorhaben auf europäischer Ebene aktiv begleiten und uns für die deutschen engagementpolitischen Interessen einsetzen.

5. Wir stehen im ständigen Dialog mit den Trägern und den Engagierten

Unsere Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ versteht sich als Multiplikator innerhalb und außerhalb unserer Fraktion. Sie besteht neben den Abgeordneten auch aus ca. 60 Mitgliedern aus verschiedenen gemeinnützigen Dachverbänden und Institutionen. Wir tagen alle sechs Wochen und führen regelmäßig Kongresse durch.

Unser **bundesweiter Kongress zur „Zukunft der Freiwilligendienste“** im September 2006 mit über 300 TeilnehmerInnen hat gezeigt, dass wir mit unseren politischen Schlussfolgerungen aus der aktuellen **Evaluierung zu den Jugendfreiwilligendiensten** des BMFSFJ auf dem richtigen Weg sind. Wir fordern u.a. die verstärkte Förderung benachteiligter Jugendlicher in den Freiwilligendiensten, mehr Anerkennung für Freiwillige und klare rechtliche und soziale Rahmenbedingungen.